

Slowenien

IRENA BRINAR

Slowenien befindet sich inzwischen auf dem besten Wege zu seinem selbst gesteckten Ziel der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU). Der Integrationsprozess mit der EU hat schon seit langem begonnen, und vor allem mit seinen Nachbarn hat Slowenien starke regionale Beziehungen entwickelt, wie beispielsweise mit der Alpen-Adria-Gemeinschaft, mit Bayern und mit Friaul-Julisch Venetien.

Parlamentswahlen ohne Einfluss auf den Vorbereitungsprozess

Das wichtigste politische Ereignis 2000 in Slowenien – die regelmäßigen Wahlen der 90 Abgeordneten in die Nationalversammlung der Republik Slowenien – fand am 15. Oktober statt. Die vierten Mehrparteien- und die dritten Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit Sloweniens wurden von den liberalen Demokraten (LDS) gewonnen, die 36 Prozent der Stimmen erhielten. Von den acht Parteien, die im neuen Parlament vertreten sind, bekam die Sozialdemokratische Partei Sloweniens (SDS) 16 Prozent und die Vereinigte Liste der Sozialdemokraten Sloweniens (ZLSD) 12 Prozent. Die anderen Parteien sicherten sich folgende Stimmenanteile: 10 Prozent für die Slowenische Volkspartei (SLS und SKD), 9 Prozent für Neues Slowenien/Christliche Volkspartei (Nsi), 5 Prozent für die Demokratische Rentnerpartei (DeSUS), 4 Prozent für die Slowenische Nationalpartei (SNS) und 4 Prozent für die Jugendpartei (SMS).

Die fünfte Regierung des unabhängigen Sloweniens setzt sich aus LDS, ZLSD und der Slowenischen Volkspartei zusammen, die insgesamt 58 Prozent und damit 66 der 90 Sitze in der Nationalversammlung besitzen. Die stabile Regierung mit einer breiten Unterstützung im Parlament garantiert die notwendigen Veränderungen im Zuge der Rechtsharmonisierung bei den verbleibenden offenen Kapiteln der Beitrittsverhandlungen. Im Rahmen der Vorbereitungsstrategie nahm Slowenien das Nationale Programm für die Übernahme des Acquis bis Ende 2002 an. Gemäß dem jährlichen Gesetzgebungsprogramm wird das slowenische Parlament 110 Gesetze verabschieden, die der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU in das slowenische Recht dienen.

Die Beitrittsverhandlungen zwischen Nizza und Göteborg

Bei den sechs Verhandlungsrunden im Jahr 2000 wurden fünf Kapitel vorübergehend geschlossen: Gesellschaftsrecht, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Finanzkontrolle, Dienstleistungsfreiheit und Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Slowenien forderte eine zweijährige Übergangsfrist im Kapitel Dienstleistungsfreiheit für die Anpassung der Bedingungen angemessener Kapitalausstattung und der Anforderungen, die das verantwortungsbewusste Management von Banken und Kreditanstalten betreffen, die vor Februar 1999 gegründet wurden. Da die EU in diesem Fall die Bedingungen für Übergangsfristen erfüllt sah, wurde Slowenien zum ersten Beitrittskandidaten, dem eine Übergangsfrist gewährt wurde. Slowenien wurde außerdem eine dreijährige Übergangsfrist im Kapitel Beschäftigung und Soziales zugestanden, um die Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen für Arbeitsplätze, wo mit technischen, chemischen und biologischen Mitteln gearbeitet wird, umzusetzen. Slowenien kann auf diese Weise unnötige Kosten und mögliche Entlassungen von Arbeitskräften vermeiden. Eine Umfrage unter Firmen hat gezeigt, dass die Umsetzung von Richtlinien vor dem Beitritt zur EU zum Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen führen könnte. Kleine und mittlere Unternehmen würde es am härtesten treffen. Mit der schwedischen Präsidentschaft konnte Slowenien im ersten Halbjahr 2001 weitere sechs Kapitel schließen: Freier Güterverkehr, freier Kapitalverkehr, Energie, Umwelt, Kultur und audiovisuelle Medien und Außenbeziehungen. Den Abschluss des Kapitels über den freien Kapitalverkehr ermöglichte die Vereinbarung, dass Slowenien die Bestimmungen des Acquis für Immobiliengeschäfte vom Tag des Beitritts an umsetzen wird. Im Kapitel Umwelt schaffte Slowenien einen bedeutenden Durchbruch, indem es als erster Beitrittskandidat diesen Bereich abschließen konnte, wobei drei Übergangsfristen gewährt wurden. Mit einer Bilanz von 20 geschlossenen Kapiteln steht Slowenien nun an zweiter Stelle unter den Beitrittskandidaten.

In ihrem Fortschrittsbericht stellte die Europäische Kommission¹ fest, dass sich die positiven Trends in der Übernahme und Anwendung des Acquis fortsetzen und bewertete die Beitrittsverhandlungen als sehr erfolgreich. Sie führte eine Reihe von Kapiteln an, in denen bedeutende Fortschritte in der Rechtsharmonisierung gemacht wurden, so beispielsweise in den Bereichen Binnenmarkt, Landwirtschaft und Verwaltung. Allerdings wies die Kommission darauf hin, dass die strukturellen Reformen immer noch zu langsam vorangehen. Empfehlungen wurden für die Liberalisierung öffentlicher Versorgungsbetriebe, Banken und Versicherungsunternehmen gemacht und für die schleppende Liberalisierung des Finanzsektors, die, in Verbindung mit einigen Restriktionen der Kapitalflüsse, einen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen verursacht. Die Kommission sprach erneut die Überlänge von Gerichtsverfahren und den sich verzögernden Privatisierungsprozess an.

Mit den für die Erweiterung der EU notwendigen institutionellen Reformen, die beim Gipfel in Nizza im Dezember ausgehandelt wurden, zeigte sich die slowenische Regierung zufrieden. Die Tatsache, dass jedes Land einen eigenen Kommissar stellen wird, ist für Slowenien wichtig, da das Gleichheitsprinzip dadurch bestärkt wird. In Bezug auf die Anzahl der Stimmen im Rat der EU und der Sitze im Europäischen Parlament (Slowenien wird, wie die Mehrheit der kleinen Länder, über vier Stimmen im Rat und sieben Sitze im Parlament verfügen) ist es wichtig, Partner zu suchen, die die eigenen Ansichten und Interessen teilen.

Hauptprobleme der kommenden Verhandlungen

Die slowenische Regierung geht davon aus, dass die Kapitel Wettbewerb, Steuern, Zölle und Verkehr bald vorläufig geschlossen werden können. Unter den Kapiteln, bei denen schwierigere Verhandlungen erwartet werden, sind Landwirtschaft, Justiz und Inneres, Haushalt und Finanzen, Regionalpolitik und die Freizügigkeit von Personen.

Im Augenblick ist die Freizügigkeit von Personen eines der beherrschenden Themen. Am 1. Juni stellte die EU ihre Position vor, derzufolge die slowenischen Arbeitskräfte, wie auch jene aller anderen mitteleuropäischen Kandidatenländer, in einer Übergangszeit von sieben Jahren Einschränkungen der Freizügigkeit hinnehmen müssten, um die Märkte der derzeitigen EU-Staaten zu schützen. Slowenien betrachtet diese Haltung als inakzeptabel. Eine Analyse der Faktoren, welche die Migration von Arbeitskräften und anderen Personen beeinflussen, zeigt, dass Slowenien mehr mit Zypern und Malta gemeinsam hat als mit den post-sozialistischen Staaten Osteuropas. Deshalb erwartet Slowenien ähnliche Konditionen wie diese beiden Länder. Zypern und Malta sind nämlich die einzigen beiden Staaten, die der EU-Position zufolge von der Übergangsfrist ausgenommen sind. Das Migrationspotenzial Sloweniens fällt bei einer Bevölkerungszahl von zwei Millionen Einwohnern fast unbedeutend aus und wird im Hinblick auf die alternde Bevölkerung und die eigenen Wachstumszahlen noch abnehmen. Ein wirtschaftlicher Vergleich der Kandidatenstaaten lässt eine ähnliche Schlussfolgerung zu. Was die Kaufkraft angeht, hat Slowenien 70 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht. Die Löhne in Slowenien übertrafen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre jene der anderen Transformationsländer um 200 bis 500 Prozent.² Das hohe Niveau sozialer Sicherheit mindert zusätzlich die Motivatio auszuwandern.

Das zweite sensible Kapitel aus slowenischer Sicht ist die Regionalpolitik. Im Augenblick erhalten nur Regionen, die weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP der EU erwirtschaften, Hilfe für unterentwickelte Regionen. Nach dem Beitritt neuer Länder, die durchschnittlich viel ärmer als die gegenwärtigen Mitglieder sind, wird das durchschnittliche BIP pro Kopf dramatisch sinken. Als Konsequenz dieses statistischen Effekts könnte Slowenien als am meisten entwickelter Beitrittsstaat seinen Anspruch auf strukturelle Hilfe verlieren. Slowenien betont, dass das Pro-Kopf-BIP ein zu allgemeines Kriterium sei, da es nicht die unterschiedliche Entwicklung einzelner Regionen offenlegt. Das BIP pro Kopf beträgt in Slowenien um die 70 Prozent des EU-Durchschnitts, aber zwei Drittel der slowenischen Bevölkerung leben in Regionen, wo das Pro-Kopf-BIP nur 59 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht. In den Verhandlungen mit der EU wurde ganz Slowenien als eine Region definiert, obwohl Slowenien zwei vorgeschlagen hatte: Zentralslowenien und die Grenzregion.

Die Finanzierung des Vorbereitungsprozesses

Mit der Umsetzung der neuen PHARE-Zielsetzungen und der Einführung zweier neuer Instrumente der Heranführungsstrategie, ISPA und SAPARD, für die Periode

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

2000-2006 beträgt die EU-Heranzuführungshilfe für Slowenien: 25 Millionen Euro aus dem PHARE-Programm, einschließlich 7 Millionen Euro für das Programm der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Italien, Österreich und Ungarn, 21 Millionen Euro aus dem ISPA-Programm und 6,3 Millionen Euro aus dem SAPARD-Programm. Sloweniens Ausgaben für Programme in Verbindung mit dem EU-Beitritt werden bei 4 bis 5 Prozent des BIP liegen. Ein beträchtlicher Teil dieser Gelder wird für die Einrichtung von Grenzkontrollposten an der Grenze zu Kroatien und für den Ausbau transeuropäischer Transportwege ausgegeben werden.

Die öffentliche Meinung

Die öffentliche Meinung über die EU wird wesentlich von der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation sowohl der EU als auch Sloweniens beeinflusst. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Meinungsbild sich in den letzten zwölf Monaten von stärkerer zu schwächerer Zustimmung hin verschoben hat.³ Der Grund liegt in der Verhandlungsagenda, die nach den leicht zu verhandelnden nun die sensiblen Themen erreicht hat. Daher ist das Ergebnis des gegenwärtigen Vorbeitrittsprozesses noch weniger vorhersagbar als mancher vielleicht heute denkt. Die letzte Entscheidung, wann und ob Slowenien der EU beitreten wird, muss von den Mitgliedstaaten, aber auch von den Bürgern Sloweniens in einem Volksentscheid getroffen werden.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Stephanie Heisele, Universität Passau.

- 1 Europäische Kommission: Strategiepapier zur Erweiterung. Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, KOM (2000) 700 vom 8.11.2000; im Internet unter: http://europa.eu.int/comm/enlargement/report/_11_00/index.htm.
- 2 Die Kandidaten-Staaten erreichten 1998 gemeinsam nur 41 Prozent der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der EU. Nichtsdestoweniger kam Slowenien mit 71 Prozent dem EU-

Durchschnitt am nächsten. In der Landwirtschaft betrug die Arbeitsproduktivität 1998 der Kandidatenstaaten nur 28 Prozent, während Slowenien fast den EU-Durchschnitt mit 94 Prozent erreichte. Während 1998 das Lohnniveau aller Kandidatenländer bei 42 Prozent des EU-Durchschnitts lag, kam Slowenien auf 70 Prozent. Eurostat 2000.

- 3 Politbarometer 2000/2001, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungszentrum für öffentliche Meinung und Massenkommunikation, Ljubljana; http://evropa.gov.si/iso/euf_00_pjm.html.

Weiterführende Literatur

Erweiterung / Agenda 2000 – Bericht 3/2000, Institut für Europäische Politik und TEPSA; <http://www.iep-berlin.de>; <http://www.tepsa.be>.
Slowenischer Wirtschaftsspiegel 2000 (Jahresbericht), Institut für makroökonomische Analyse

und Entwicklung, Ljubljana 2001; <http://www.gov.si/zmar>.
Slovenia Weekly, <http://www.vitrum.si/sw>.